



## **Antrag**

der Fraktion der F.D.P.

### **Reform des Betriebsverfassungsgesetzes**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag lehnt den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes ab, weil hierdurch die Existenz insbesondere kleinerer und mittlerer Betriebe akut gefährdet wird und in der Konsequenz der Abbau von Arbeitsplätzen droht sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert wird.

2. Der Landtag bedauert, dass der zwischen Bundsarbeits- und Bundeswirtschaftsministerium ausgehandelte Kompromiss nicht geeignet ist, die drohenden massiven Mehrbelastungen insbesondere von kleinen und mittleren Betrieben abzuwenden.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich weiterhin für eine grundlegende Überarbeitung des jetzt vorliegenden Kompromisses mit dem Ziel, eben diese Mehrbelastung zu verhindern, einzusetzen.

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion